

Ulrich Schneider

Armes

Deutschland

Neue Perspektiven für
einen anderen Wohlstand

ULRICH SCHNEIDER

Armes Deutschland

Neue Perspektiven für
einen anderen Wohlstand

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-57-5
© Westend Verlag Frankfurt/Main
in der Piper Verlag GmbH, München 2010
Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

INHALT

VORWORT	7
KAPITEL EINS	
Was ist Armut eigentlich? Von den Widerständen, darauf eine Antwort zu finden	9
KAPITEL ZWEI	
»Weniger Arme in Deutschland?« Was uns die Statistik verrät und wo sie blufft	37
KAPITEL DREI	
Unser Sozialstaat an den Grenzen: Warum Armut hier keinen Platz hat	52
KAPITEL VIER	
Der verlorene Kampf um die Vollbeschäftigung	62
KAPITEL FÜNF	
Ganz ohne Theorie geht's nicht: Über den Staat	86
KAPITEL SECHS	
Die letzte Schlacht: Schröder und Hartz IV	130

KAPITEL SIEBEN	
Warum Hartz IV Armut ist	154
KAPITEL ACHT	
Das war's dann: Das Scheitern von Hartz IV	178
KAPITEL NEUN	
Deutschland am Scheideweg	190
KAPITEL ZEHN	
Was jetzt zu tun ist	205
ANMERKUNGEN	229
LITERATUR	243

VORWORT

Eigentlich dürfte es gar nicht so schwierig sein, Armut zu bekämpfen. Das Problem ist bekannt. Es ist nicht plötzlich über uns hereingebrochen, sondern hat sich über Jahrzehnte aufgebaut. Es hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die ein Wegschauen unmöglich machen. Es wird sehr ernst genommen, da es die Fundamente unserer Gesellschaft untergräbt. Und schließlich gehört Deutschland nach wie vor zu den reichsten Ländern der Erde. Wenn schon Deutschland seine Armut nicht bekämpfen kann, welches Land dann? Und doch ergeht es der Armut wie dem Klimawandel: Alle sind sich einig, dass etwas geschehen muss – und produzieren am Ende doch nur heiße Luft.

Warum dies so ist, warum es der Politik bisher nicht gelingen wollte, Armut zu verhindern, darum geht es in diesem Buch. Warum führt das Wissen über ein Problem noch längst nicht zu politischem Handeln? Welche Stolpersteine liegen auf dem langen Weg von der Erkenntnis zur Lösung? Warum bleiben so viele soziale Probleme auf der Strecke und kommen nur so wenige tatsächlich am Ende dieses Weges an?

Mit diesem Buch möchte ich darüber aufklären, was es mit der Armut in Deutschland tatsächlich auf sich hat. Es geht dabei nicht nur um die Frage, was es bedeutet, von Hartz IV leben zu müssen, sondern auch um einen Blick hinter die Kulissen von Armutspolitik und Armutsforschung, wo über Definitionen gerungen wird und darüber, ob Arme Segelflugzeuge haben dürfen oder nicht;

wo hin und wieder getrickst wird, wenn die Armut zu teuer zu werden droht; und wo auch schon mal ganz plötzlich einige Millionen Arme mehr oder weniger gezählt werden.

Das Fazit: Es kann in Deutschland nicht so weitergehen wie bisher: anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit und Armutslöhne auf der einen Seite und soziale Sicherungssysteme, die diesen hilflos gegenüberstehen, auf der anderen. Einerseits eine Armut, die seit Jahren auf dem Vormarsch ist, andererseits ein Sozialstaat, der sich bereits ebenso lang auf dem Rückzug befindet.

Und es wird auch nicht so weitergehen. Der Staat wird über kurz oder lang gar nicht darum herumkommen, sich der Probleme anzunehmen und den Menschen echte Lösungen statt Placebos anzubieten. Immer größere Teile der Wählerschaft wenden sich ab von einer Politik, die in erster Linie überkommene Strukturen verwaltet und offensichtlich unfähig ist, wirklich neue Wege zu gehen, wenn es um die soziale Stabilität dieser Gesellschaft geht.

Der Staat wird gar nicht darum herumkommen, sowohl den Armen als auch diesem Sozialstaat wieder Perspektiven zu geben. Und er wird sich dabei nach links bewegen.

KAPITEL EINS

Was ist Armut eigentlich? Von den Widerständen, darauf eine Antwort zu finden

Armut ist ein vielschichtiger Begriff, fast schon schillernd. Von der biblischen »Armut im Geiste« bis hin zur vielfach diagnostizierten »Talentarmut« in Casting-Shows und Kunstkritiken: Es geht in ganz unterschiedlicher Weise irgendwie immer um Knappheit. »Arm« heißt »zu wenig«; und zwar so, dass es definitiv nicht reicht – weder für die Casting-Show noch für das Leben. Armut lässt niemals kalt. Es gibt keine Diskussion über Armut, die nicht sofort emotional wird. Denn wo Armut konstatiert wird, steht immer auch eine ausgesprochene oder versteckte Anklage im Raum, wird es unangenehm, schwingt die stumme Aufforderung mit zu teilen und abzugeben.

Dies dürfte es sein, was die Diskussion um Armut so schwierig, so merkwürdig verklemmt oder gelegentlich auch aggressiv macht. Jede Auseinandersetzung um Armut ist immer auch – verdeckt oder offen – eine Auseinandersetzung um Verantwortlichkeiten und sogar um Schuld. So ist es überhaupt nicht erstaunlich, dass sich eigentlich fast nur mit den Armen selbst relativ offen über Armut reden lässt. Die sonstigen Reaktionen bei diesem Thema sehen dagegen häufig so aus:

»Die sind doch selber schuld.«

»Die wollen ja gar nicht arbeiten.«

»Die können nicht mit Geld umgehen.«

»Geld hilft da gar nicht; wird eh' alles versoffen.«

Solche Reaktionen entspringen denn auch weniger irgendwel-

chen fundierten Einsichten, als vielmehr einem sehr einfachen und recht subtilen Abwehrreflex.

»Ich hab' damit nichts zu tun.«

»Ich kann nichts dafür.«

»Teilen ist sinnlos.«

»Lasst mich in Ruhe damit!«

Das sind die eigentlichen Botschaften, die vermittelt werden sollen. Es ist die Angst, dass da jemand ans eigene Portemonnaie will, die die Diskussion um Armut im Privaten wie in der Öffentlichkeit so überaus schwierig macht. Fast aussichtslos ist es in der Politik, wo »Armut« geradezu ein Kampfbegriff ist. Denn Politiker wissen: Wer in diesem Lande über Armut spricht, stellt auch der Politik selbst ein Armutszeugnis aus. Eine sachliche Diskussion ist damit so gut wie ausgeschlossen. Armut zu konstatieren bedeutet, sozialpolitische Defizite und schließlich einen politischen Handlungsbedarf festzustellen. Und dieser kommt meist alles andere als gelegen, wie jüngst erst die heftige Diskussion über das »Regelsatzurteil« des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 zeigte. Die Richter entschieden, dass Hartz IV nicht verfassungskonform sei. Die Leistungshöhe sei neu zu berechnen. Insbesondere bei Kindern seien nicht alle Bedarfe richtig berücksichtigt. »Wussten wir es doch schon lange, dass die Regelsätze zu gering sind«, riefen die einen. »Anstrengungslosen Wohlstand« und »spätromische Dekadenz« sah hingegen FDP-Chef Guido Westerwelle, um eine sachliche Diskussion bereits im Keim zu ersticken.¹ Zu eingefahren sind die Verteilungspositionen in diesem Land, zu stark die wirtschaftsliberalistische Lobby, für die Armutsbekämpfung, die erst einmal Geld kostet, per se wirtschaftsfeindlich ist (mehr dazu im Abschnitt *Allzweckwaffe Neoliberalismus: Die Leitbilder des Rückzugs*, S. 116).

Armut ist ein zutiefst interessengebundener Begriff. Eingebettet in parteitaktisches oder machtpolitisches Kalkül, eignet er sich trefflich, um Regierungen in Erklärungsnöte zu bringen und ihr Versagen nachzuweisen. Mit ihrem Kampftruf, Hartz IV sei »staatlich verordnete Armut«, hatte es die PDS in ganz kurzer Zeit

geschafft, Schröder und seiner SPD erhebliche Probleme zu bereiten, mit dem bekannten Ausgang. Die Definition von Armut, die öffentliche Erörterung der Frage, wann wir überhaupt von Armut sprechen können, ist niemals frei von materiellen und sogar parteitaktischen Machtinteressen. Eine jede Regierung hat daher ein fast system-natürliches Interesse daran, Armut am besten vollständig und restlos zu leugnen. Wo dies nicht gelingt, muss der Armutsbegriff wenigstens so definiert werden, dass sich die Betroffenenzahlen und damit der politische Schaden in engen Grenzen halten.

Vom Leugnen und Wegdefinieren

Die Definition von und die Diskussion um Armut ist damit alles andere als eine trockene akademische Veranstaltung, die in Hörsälen und Seminarräumen ausgetragen wird. Das Ringen um den Armutsbegriff war und ist zu jeder Zeit hochpolitisch, von Taktik geprägt und meist von finanz- und machtpolitischen Interessen geleitet. Es sind letztlich nicht die Wissenschaftler, die Armut definieren. Es sind vielmehr die Politiker, die sich des Begriffs bedienen, wenn es denn passt. Das politische Leugnen und Wegdefinieren von Armut hat in der Bundesrepublik geradezu eine parlamentarische Tradition, wie einige Beispiele zeigen.

1986. Über zwei Millionen Menschen sind in Deutschland bereits arbeitslos – 600 000 von ihnen schon längerfristig –, rund zwei Millionen Menschen müssen während dieses Jahres den Gang zum Sozialamt antreten. Das Gespenst der Armut geht um, mitten im reichen Deutschland. Fachleute beginnen, eindringlich zu warnen, dass diese Armut immer weiter in die Mitte der Gesellschaft hineinkrieche.² In der Bevölkerung wächst eine diffuse Angst vor dem Absturz. Vor diesem Hintergrund wollen es die Grünen im Bundestag erstmals ganz genau wissen: Wie groß denn nun die Armut in Deutschland sei, was die Bundesregierung unter Armut verstehe, wie es mit der Sozialhilfe aussehe und wel-

che Prognosen die Regierung habe? Die Antwort der schwarz-gelben Regierung ist bemerkenswert und typisch zugleich. Die Bundesregierung bestreite ja gar nicht, »dass es heute – wie zu früheren Zeiten – in der Bundesrepublik Deutschland arme und benachteiligte Menschen gibt.« Doch: »Die Bundesregierung ist ebenso wie frühere Bundesregierungen der Auffassung, dass mit den Leistungen der Sozialhilfe der soziokulturelle Mindestbedarf sichergestellt wird.«³ Die Gewährung von Sozialhilfe, so die einfache regierungsamtliche Logik, schließt Armut per Gesetz aus. Akte zu, Problem erledigt. Und um weiteren kritischen Nachfragen gleich vorzubeugen, etwa zu den vielen Menschen, die diese Hilfe gar nicht beantragten, fügt sie hinzu: »Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Dunkelziffer in der Tendenz seit langem rückläufig ist.«⁴ Wie auch immer sie zu dieser Erkenntnis gekommen sein mag ...

Ob die Sozialhilfe wirklich vor Armut schützen kann, was eigentlich Armut in Deutschland bedeutet und wie eine Sozialhilfe beschaffen sein müsste, die tatsächlich in der Lage ist, Armut zu verhindern – das alles wird mit Kalkül ausgeklammert. Die Kernfrage, um die es eigentlich geht, nämlich die Frage nach der Definition von Armut in einem reichen Land wie Deutschland, wird ganz bewusst zerredet: »Der Begriff der Armut entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition. Er kann unter einer Fülle von Gesichtspunkten beschrieben, aber wohl kaum umfassend exakt definiert werden.«⁵ Das heißt übersetzt: Es geht um knallharte politische und parteitaktische Interessen.

Noch wesentlich ungeschminkter wiederholt sich der Vorgang vier Jahre später in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte wenige Monate zuvor unter dem Titel »... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...« seinen ersten Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt und vor einem deutlichen Anstieg der Armut gewarnt.⁶ Die SPD nimmt als Opposition diesen Ball sofort auf, und glaubt, die Bundesregierung mit dieser Studie in

die Enge treiben zu können. Wann nach Ansicht der Bundesregierung Armut beginne und wie viele Menschen ihrer Ansicht nach in Deutschland in Armut lebten, wollen die Abgeordneten der SPD-Fraktion daher von der Bundesregierung wissen. Die Antwort des zuständigen Staatssekretärs Werner Chory (CDU) dürfte an Dreistigkeit kaum zu überbieten sein, war jedoch strategisch klug und kann geradezu als Lehrstück des regierungsamtlichen Umgangs mit der Armutsfrage in Deutschland gelten: »Was die Frage betrifft, ab wann Armut beginnt, muss ich darauf hinweisen, dass dieses Problem meines Erachtens nicht lösbar ist, da es keinen allgemeingültigen Armutsbegriff gibt.«⁷ Und zur Zahl befragt: »Ich habe Ihnen schon gesagt, eine solche Zahl würde eine Definition von Armut voraussetzen. Es gibt, nach Meinung der Bundesregierung, [...] keinen allgemeingültigen Begriff der Armut [...]. Wenn es aber keinen allgemeingültigen Begriff der Armut gibt, dann gibt es auch keine Möglichkeit, hier absolute Zahlen zu nennen.«⁸ Und was ist mit der von der Opposition und den Fachleuten geforderten Armutsberichterstattung? »Sie ist schon deshalb [...] wenig zweckmäßig, weil der Begriff ›Armut‹ nicht allgemeingültig definiert werden kann.«⁹ Ein geradezu kunstvoll zu nennender, perfekter Zirkelschluss, den die Regierung hier ablieferte und der die Opposition völlig ins Leere laufen ließ.

Es ist ein verhängnisvoller Kreislauf: Das grundsätzliche Leugnen der Armut macht es scheinbar legitim, sich weder um eine Definition des Phänomens zu bemühen noch etwas genauer hinzuschauen. Wo Armut grundsätzlich bestritten wird, scheint es auch nicht notwendig, sich Wissen über die konkreten Lebenssituationen von Menschen anzueignen. Doch gerade dieses fehlende Wissen über Quantitäten und Art der Belastungen am Rande unserer Gesellschaft macht es wiederum möglich, Armut selbst im Deutschen Bundestag zu leugnen.

Eine Armutsdefinition zuzulassen käme einem Dambruch gleich, das war der Koalition klar. Die Definition ist die Voraussetzung einer jeglichen Verständigung, und wer sich auf eine ge-

meinsame Definition einlässt, setzt sich bereits mit dem Phänomen auseinander und macht das Gegenüber sprachfähig. Und so ist auch bei der Armut die Definition der Schlüssel zum politischen Umgang mit ihr. Eine Regierung, die kein Interesse daran hat, sich ein Heer von Armen zuschreiben zu lassen, ist schlau, wenn sie sich gar nicht erst auf eine gemeinsame Sprache einlässt – die mit Abstand eleganteste und wirkungsvollste Form des politischen Wegtauchens.

Über Jahre und Jahrzehnte wurde in Deutschland nach diesem eigentlich banalen, aber sehr wirkungsvollen Muster Armut aus dem politischen Geschäft herausgehalten – und zwar parteiübergreifend. Das Klein-Definieren der Armut gehörte zum Repertoire einer jeden Regierung. Als der damalige rheinland-pfälzische Sozialminister Heiner Geissler (CDU) 1975 in einer vielbeachteten Veröffentlichung die »neue soziale Frage«¹⁰ aufwarf – womit er Armut meinte –, war es die sozial-liberale Koalition, die heftig protestierte.

Und auch Rot-Grün beherrschte nach 1998 das Spiel, soziale Probleme am besten erst einmal wegzudefinieren. Zwar legte die Koalition unter Gerhard Schröder 2001 einen seit über einem Jahrzehnt von der Fachwelt geforderten Armutsbericht vor – immerhin hatte man mit derlei Versprechen drei Jahre zuvor eine Bundestagswahl gewonnen –, doch stellte sie in schlechtester Manier gleich in der Einleitung dieses Berichts klar: »Trotz der langen Forschungstradition zu Fragen der Unterversorgung und sozialen Ausgrenzung bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite, die auch der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht aufarbeiten kann. Der Begriff der ›Armut‹ entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemein gültigen Definition. [...] Die Aufgabe, Armut messbar zu machen, scheint im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar. In Anbetracht der definitorischen Unschärfen der Armutsbegriffe wird auf eine endgültige Festlegung verzichtet.«¹¹

Die Enttäuschung über derartig schwammiges Geschreibsel war groß. Niemand verlangte von der neuen Regierung, die doch

alles so anders, so viel besser, so viel sozialer und so viel gerechter machen wollte, das definitorische Ei des Kolumbus. Erwartet wurde jedoch zu Recht eine Antwort auf die Frage, welche Armutsdefinition die Bundesregierung ihrer praktischen Politik zugrunde legen wolle. Erwartet wurde eine wissenschaftlich gestützte, aber letztlich pragmatische Entscheidung, keine wissenschaftliche (Neu-)Definition. Selbstverständlich hätte die Bundesregierung eine solche Entscheidung treffen können, wenn sie es denn nur gewollt hätte. Man darf davon ausgehen, dass die Armen in diesem Lande wissenschaftliche Unschärfen verziehen hätten, wenn ihnen denn nur geholfen würde. Doch Verbindlichkeit erhöht den Handlungsdruck. Nebulöses, quasi-wissenschaftliches Herumdrukken dagegen ist durchaus attraktiv, wenn man es als Regierung mit entschlossener Armutsbekämpfung vielleicht gar nicht so hat.

Dass es auch ganz anders gehen kann, wenn nur Interesse und Handlungswille da sind, zeigt nicht zuletzt der regelmäßige Sachverständigenbericht zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Bericht der sogenannten »Wirtschaftsweisen«. Deren Berechnungen fußen auf derart voraussetzungsvollen Annahmen und liegen erfahrungsgemäß so regelmäßig und so deutlich daneben, dass die Regierung all diese Berichte gleich nach Übergabe in die Tonne schmeißen müsste, wäre sie auf dem Feld der Wirtschaftspolitik wissenschaftlich auch nur annähernd so skrupulös wie in der Armutsfrage. Dass es anders ist, hängt mit Interessen und Prioritäten zusammen. Wo man willens ist zu handeln, hält man sich auch an wissenschaftlichen Strohhalmen fest. Wo jedoch allzu großer Handlungsdruck gar nicht erst entstehen soll, frönt man besser der »Vielschichtigkeit des Begriffs« und erstarrt in Ehrfurcht und Tatenlosigkeit vor der Wissenschaftlichkeit.

Und um auch gleich klar zu machen, dass es – Definition hin oder her – in Deutschland ohnehin keine Armut geben könne, versäumt auch SPD-Arbeitsminister Walter Riester nicht, 2001 in seinem Armutsbericht das hohe Loblied auf die Sozialhilfe zu sin-

gen: »Sozialhilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe. Sie sichert als letztes Auffangnetz, das vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt, das soziokulturelle Existenzminimum.«¹² Und: »Häufig wird in der öffentlichen Diskussion Sozialhilfebezug fälschlicherweise mit Armut gleichgesetzt. Insbesondere bei steigenden Empfängerzahlen wird von einer zunehmenden Armut gesprochen. Diese Einschätzung ist besonders dann irreführend, wenn durch eine Anhebung der Leistungen der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert wird.«¹³

Mit anderen Worten: Die Bundesregierung sieht sich zwar wegen des unzureichenden Forschungsstandes außer Stande zu sagen, was Armut sein soll, weiß aber ganz genau, dass es sie nicht gibt. Kein Wort in diesem immerhin 450-seitigen Armutsbericht darüber, dass die Sozialhilfe seit über zehn Jahren den steigenden Lebenshaltungskosten hoffnungslos hinterherlief, da die Politik sich weigerte, sie entsprechend anzuheben. Kein Wort davon, dass die Sozialhilfe damit längst nicht mehr vor Einkommensarmut schützen konnte.¹⁴

Erst mit zunehmender Ausdifferenzierung der Armutsforschung trat die Bundesregierung im zweiten Armutsbericht 2005 wieder einer verbindlichen Armutsdefinition näher. Das konnte sie bedenkenlos: Mittlerweile hatten sich die Wissenschaftler derart filigranen und ausdifferenzierten Definitionskünsten hingegeben, dass sie ihnen ganz zweifellos zu wissenschaftlichen Ehren reichten, politisch aber nicht mehr ernsthaft gefährlich werden konnten. Da Geld allein bekanntermaßen nicht glücklich macht, rückten neben dem Einkommen nunmehr weitere Lebensumstände in den Fokus der Forscher. Es wurde nach Mängeln beim Wohnen gefragt, bei der Gesundheit, den Bildungsabschlüssen und der Versorgung mit Arbeit.¹⁵ Später kam sogar ein »Mangel an Teilhabe von Bürgern an der Gesellschaft« hinzu, »soziale Ausgrenzung« und schließlich ein »Mangel an Verwirklichungschancen«.¹⁶ Nach Kumulationen wurde geforscht und nach den Zusammenhängen von Ursache und Wirkung. Der nunmehr in aller wissenschaftlichen Schönheit multidimensionale Armuts-

begriff verschwamm und zerfaserte deutlich. Sind wir nicht alle irgendwie arm? Welche Armut ist eigentlich die schlimmste? Geldnot? Einsamkeit? Wohnungsnot? Wie soll noch festgestellt werden, wer überhaupt arm ist, wenn gar nicht mehr genau abzugrenzen ist, wo Armut anfängt und wo sie aufhört. Der Armutsbegriff ähnelte immer mehr dem sprichwörtlichen Pudding, den man an die Wand nageln will. So konnte sich die Bundesregierung endlich an die Spitze der Bewegung beziehungsweise der Forschung stellen, ohne befürchten zu müssen, dass es allzu konkret wird. Immerhin konnte man sich im zweiten Armutsbericht 2005 dabei auch noch auf einen echten Nobelpreisträger der Harvard University berufen: »Der 2. Armuts- und Reichtumsbegriff begreift Armut und Reichtum als Pole einer Bandbreite von Teilhabe- und Verwirklichungschancen, wie sie Nobelpreisträger Amartya Sen mit dem Capability-Ansatz konzeptionell entwickelt hat [...]. Hierin spiegelt sich die Vielschichtigkeit von Armut und Reichtum wider, die sich einerseits in der Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen, andererseits aber auch in individuellen und kollektiven Lebenslagen manifestiert. Im Rahmen einer differenzierten Armuts- und Reichtumsberichterstattung wird nicht nur nach den verfügbaren Ressourcen gefragt, sondern vor allem danach, was die Menschen damit und daraus machen können.«¹⁷ Gefahrlos nähern konnte man sich dieser Definition, weil damit von Bericht zu Bericht eines immer klarer wurde: »Deshalb ist auch die Aufgabe, Armut ›messbar‹ zu machen, im streng wissenschaftlichen Sinne nicht lösbar.«¹⁸ Na also.

Von sozial-liberaler über christlich-liberaler bis rot-grüner Koalition: Die Tricks, mit denen man einer verbindlichen Armutsdiskussion ausweichen zu können glaubte, blieben die gleichen: gleich dreist, gleich offenkundig und gleich beschämend.